

SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/117

23. Juni 1976

Für die Zukunft gut gerüstet

Unsere forschungspolitische Bilanz kann sich sehen lassen

Von Hans Matthäfer MdB
Bundesminister für Forschung und Technologie und Mitglied des Vorstandes der SPD

Seite 1 bis 3 / 136 Zeilen

Fortschritte der Eigentumsbildung im Wohnungsbau

Große sozialliberale Erfolge vor allem für die Arbeitnehmer

Von Hedwig Meermann MdB
Stellv. Vorsitzende der Bundesarbeitsgemeinschaft für Städtebau und Wohnungspolitik der SPD und Mitglied des Bundestagsausschusses für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Seite 4 und 5 / 64 Zeilen

Das Märchen von den CSU-Erfolgen

Zahlen belegen das Versagen der bayerischen Strukturpolitik

Von Franz Josef Zebisch MdB
Mitglied des Bundestagsausschusses für innerdeutsche Beziehungen

Seite 6 / 31 Zeilen

Chefredaktion: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Hauptallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressehaus I, Zimmer 217-234
Telefon: 22 80 37 - 30
Telex: 98 88 848 - 48 pbbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11

Für die Zukunft gut gerüstet

Unsere forschungspolitische Bilanz kann sich sehen lassen

Von Hans Matthöfer MdB

Bundesminister für Forschung und

Technologie und Mitglied des Vorstandes der SPD

Nach der Überwindung der weltweiten Rezession steht die Bundesrepublik als ein Land da, das für die Zukunft gut gerüstet ist. Unsere Forschungs- und Technologiepolitik hat mit die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß wir auch in Zukunft wirtschaftlich und sozial unseren guten Platz unter den Industrienationen behaupten können.

Wir sind wissenschaftlich leistungsfähig: Wissenschaft und Forschung liefern entscheidende Voraussetzungen für den technischen und damit auch für den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt. Die Bundesregierung hat deshalb in den vergangenen Jahren rund 30 vH der Forschungshaushaltsmittel für die Grundlagenforschung aufgewandt. Darin enthalten sind jährlich über 270 Millionen DM für die Max-Planck-Gesellschaft, deren Budget vom Forschungsministerium zu 50 vH finanziert wird. Hinzu kommen - vornehmlich aus dem Haushalt des Bildungsministers - über 210 Millionen DM allgemeine Forschungsförderungsmittel für die Deutsche Forschungsgemeinschaft und über 140 Millionen DM für die Sonderforschungsbereiche an unseren Universitäten. Der Staat überläßt es weitgehend dem autonomen Sachverstand dieser und anderer Trägerorganisationen, Forschungsprogramme und Mitteleinsatz in der Grundlagenforschung zu planen.

Selbst im Bereich der vom Bund zu 90 vH finanzierten Großforschungszentren beschränken wir uns auf eine globale Steuerung, die für einen planvollen Mitteleinsatz, für die Transparenz unserer Forschung und für die Berücksichtigung aller wichtigen Forschungsgebiete sorgt. Ihre unmittelbare Förderungstätigkeit konzentriert die Bundesregierung dabei auf ausgewählte Gebiete, die besonders hohe Aufwendungen erfordern oder nur in internationaler Zusammenarbeit zu bewältigen sind, wie z. B. die Grundlagenkernforschung und die extraterrestrische Forschung.

Auf beiden Gebieten haben wir hervorragende Förderungsergebnisse zu verzeichnen:

- Durch den Bau der neuen Speicherringe DORIS beim Deutschen Elektronen Synchrotron in Hamburg (DESY) wurden neue wichtige Elementarteilchen entdeckt. Eine neue Anlage PETRA für 100 Millionen DM, von der die Wissenschaft weitere Erkenntnisse erwartet, ist im Bau.

- Am internationalen Protonenbeschleuniger CERN I, den wir mitfinanzieren, haben deutsche Forscher an der Entdeckung der sog. "neutralen Ströme" mitgewirkt - einer der wichtigsten elementarteilchenphysikalischen Entdeckungen der letzten Jahre.

- Auf dem gerade erst probeweise in Betrieb genommenen Beschleuniger UNILAC in Darmstadt ist bereits erstmalig in der Welt die Beschleunigung von Uran-

Atomen gelungen.

- In der Extraterrestrik haben wir - abgesehen von der damit verbundenen technischen Glanzleistung - mit den Sonnensonden HELIOS A und B der Sonnenforschung neue Erkenntnisse über die sonnennahen Gebiete gewonnen.

- Die Max-Planck-Gesellschaft konnte z. B. mit 80 Millionen DM ein neues Institut für Festkörperforschung in Stuttgart errichten sowie das Max-Planck-Institut für Astronomie Heidelberg mit seiner Nordstation auf dem Calar Alto in Spanien für 56 Millionen DM.

Auch in den Geisteswissenschaften hilft der Bund, trotz der allgemeinen Zuständigkeit der Länder, mit jährlich rund 50 Millionen DM. Diese positive Bilanz zeigt das volle Engagement der Bundesregierung gerade für unsere Grundlagenforschung.

Die sozial-liberale Forschungspolitik kümmert sich um den Bürger und seine Probleme. In den Bereichen Medizin, Biologie und Ökologie haben wir seit 1970 den Forschungsaufwand von 54,5 Millionen DM auf über 250 Millionen DM jährlich gesteigert. Die Bundesregierung hat damit bewiesen, daß Gesundheits- und Umweltschutz für sie ein zentrales Handlungsfeld und nicht, wie bei der Opposition, Tummelplatz für politische Außenseiter ist. Neue medizinische Geräte für die Früherkennung, Diagnostik, Therapie und Rehabilitation haben viele neue Behandlungsmöglichkeiten geschaffen und vielen Menschen neue Lebenschancen eröffnet.

Gemeinsam mit dem Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit haben wir rechtzeitig begonnen, die Zukunft der Gesundheitsforschung abzustaken: Der Öffentlichkeit liegt der Diskussionsentwurf eines längerfristigen Rahmenprogramms "Forschung und Technologie im Dienst der Gesundheit" vor, der die Gesundheitsforschung in den nächsten Jahren bestimmen wird. Damit wird nicht nur die Gesundheitsforschung intensiviert, sondern erstmals besteht die Chance, daß die medizinische Forschung in der Bundesrepublik auf breiter Basis koordiniert wird und sie auf Schwerpunkte wie die Ursachen der zivilisationsbedingten Massenerkrankungen, Vorbeugung und Gesundheitsökonomie gelenkt wird.

Humanisierung der Arbeitswelt: Das Forschungsministerium hat in seinem Bereich das Aktionsprogramm "Forschung zur Humanisierung der Arbeit" mit großem Ehrgeiz vorangetrieben. Von 1974 sind die dafür bereitgestellten Mittel von 13,4 Millionen DM über 32,5 Millionen DM in 1975 auf 44 Millionen DM für 1976 erhöht worden. 1977 wollen wir 74,5 Millionen DM für Projekte ausgeben, die neue Wege zu mehr Menschenwürde im Betrieb eröffnen. Ein solches Programm kann nicht über die Köpfe der Betroffenen hinweg verwirklicht werden. Mein Ziel ist es deshalb, neben den Vorhaben zum Abbau besonders unerträglicher Überbelastungen - etwa in Gleisereien oder im Bergbau - dort fördernd einzugreifen, wo es um die Entwicklung menschengerechter Arbeitsstrukturen geht. Wir wollen Modelle entwickeln, die die Mitbestimmung, die Kreativität und die Qualifikation unserer Arbeitnehmer nicht hemmt, sondern unterstützt und zur Geltung bringt. Das spiegelt sich gerade auch in der Organisation des Programm-Managements wieder. Ein Projektträger unter Leitung von Willi Pöhler, der sowohl auf Betriebserfahrungen als Fließbandarbeiter zurückblickt als auch als Forscher und ordentlicher Professor einen Namen hat, und ein Programmausechuß, in dem die Gewerkschaften paritätisch vertreten sind, garantieren für eine Forschungspraxis, die wirklich an die Wurzeln der Probleme herangeht.

Kommunale Technologien: Wir müssen nach neuen Wegen suchen, die das Le-

ben in den Städten und Gemeinden der industriellen Massengesellschaft lebenswert erhalten oder wieder lebenswert machen. Schwerpunkte der Forschungspolitik sind hier der öffentliche Nahverkehr, die Energieversorgung, die Ver- und Entsorgung, die Abfallbeseitigung und kommunale Unfallrettungssysteme. Für die Weiterentwicklung des öffentlichen Nahverkehrs haben wir seit 1972 135 Millionen DM eingesetzt. Der Erfolg ist nicht ausgeblieben. Wir können unseren Städten bereits mit einer ganzen Reihe neuer Konzeptionen demonstrieren, wie wir mit verbesserten Bus-Systemen, flächendeckenden bedarfsgesteuerten Verkehrsmitteln oder völlig neuen Massenbeförderungsmitteln den Verkehrsproblemen der Zukunft besser gerecht werden können.

Die Modernisierung der Wirtschaft ist eine technologische Aufgabe. Die Bundesregierung hat nie einen Zweifel daran gelassen, daß die langfristige Sicherung unserer Arbeitsplätze oberste politische Priorität haben muß. Dem entspricht auch die Gewichtung unserer Forschungs- und Technologiepolitik, wobei niemand behaupten kann, wir hätten 1969 in der Forschungspolitik auch nur den leisesten Ansatz eines Versuchs vorgefunden, Forschungspolitik systematisch auf die Modernisierung zur langfristigen Arbeitsplatzsicherung auszurichten. Heute ist diesem Ziel der weitaus größte Teil der direkten Förderprogramme zuzurechnen. Mit der gezielten und erfolgreichen Förderung technologischer Schlüsselbereiche - Elektronik, Datenverarbeitung, Nachrichtentechnik, Optik, Meßtechnik, Produktions- und Fertigungstechnik, Teile der Weltraum- und Luftfahrttechnik - stellen wir sicher, daß die Bundesrepublik die sich abzeichnenden industriellen Zukunftsentwicklungen nicht verpaßt.

Unser Land wird wirtschaftlich, technisch, sozial seinen Spitzenplatz nur behaupten können, wenn wir seine Energie- und Rohstoffversorgung dauerhaft sichern. Dazu gehört die Minderung von Abhängigkeit durch die Erschließung aller Energie- und Rohstoffquellen und die Entwicklung von Technologien zur sparsameren Nutzung. Im Unterschied zur Politik der 50er und 60er Jahre setzen wir deshalb nicht allein auf die Kernenergie, so unverzichtbar sie auch ist. Zwar nehmen nukleare Großprojekte wegen des fortgeschrittenen Standes dieser Technologie große Mittel in Anspruch. Doch stellt z. B. die Tatsache, daß wir in zwei Jahren die Wärmeerzeugung durch Sonnenenergie bis zur großtechnischen Anwendung fördern konnten, einen Hinweis auf die Intensität dar, mit der wir auch im nichtnuklearen Bereich tätig sind.

Staatliche Förderung hat bewirkt, daß wir heute eine in der Welt führende Reaktorbauinterie mit vielen tausend hochqualifizierten Arbeitsplätzen verfügen. Daneben schlägt sich das volle Engagement der Bundesregierung für unsere heimische Kohle auch forschungspolitisch nieder: Wir fördern die Entwicklung nicht nur leistungsfähiger und den Menschen weniger belastender Abbauverfahren, sondern auch den umweltfreundlicheren Einsatz der Kohle in neuen Wärmekraftwerken sowie die Veredelung der Kohle und ihre Verwendung als kostbarer Rohstoff. Hier berührt sich die Energieforschung mit der Rohstoffforschung, zu der wir in Kürze ein geschlossenes Programm vorlegen werden. Dabei geht es um die Erschließung heimischer Reserven und ihre sparsame Verwendung. Bessere Prospektions-, Bohr-, Abbau- und Förderungsverfahren sowie die Entwicklung geschlossener Rohstoffkreisläufe sind die Schwerpunktbereiche, in denen wir mit staatlicher Förderung wesentliche Ansätze bereits erarbeitet haben. (-/23.6.1976/ve/pr)

Fortschritte der Eigentumbildung im Wohnungsbau

Große sozial-liberale Erfolge vor allem für die Arbeitnehmer

Von Hedwig Meermann MdB

Stellv. Vorsitzende der Bundesarbeitsgemeinschaft

für Städtebau und Wohnungspolitik der SPD und Mitglied

des Bundestagsausschusses für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Während die Konservativen in der Bundesrepublik keine Gelegenheit ver-
säumen, um sich als Hüter des von niemandem bedrohten Eigentums im Wohnunge-
bau darzustellen, handeln die Sozialdemokraten. Sie haben nie eine Ideolo-
gie des Eigenheims vertreten. Sie haben sogar einen gesetzlichen Riegel da-
vorgeschoben, daß nicht mehr - wie zu Adenauers, Erhards und Kiesingers Zei-
ten - solche Leute Hauptnutznießer der Bausparförderung sind, deren ganze
Sparleistung darin besteht, daß sie von dem Geld, das sie sowieso nicht aus-
geben können, einen Teil von einem Konto auf das andere schreiben lassen.

Trotzdem ist der Anteil der Eigenheime und Eigentumswohnungen am Woh-
nungsbau unter den sozialdemokratisch geführten Bundesregierungen stärker
als je zuvor: in dem von Bund und Länder gemeinsam geförderten sozialen
Wohnungsbau, in dem vom Bund allein getragenen Regionalprogramm und im gan-
zen übrigen Wohnungsbau. Dies war möglich, weil viele Haushalte mit kleinem
und mittlerem Einkommen erst durch die Politik der sozial-liberalen Koa-
lition in die Lage versetzt wurden, sparen zu können. Die entscheidende
Etappe auf diesem Wege war genommen, als das 624 DM-Gesetz tariffähig wur-
de.

Von 1966 bis 1975, seit es sozialdemokratische Bundeswohnungsbauminis-
ter gibt, sind die staatlichen Ausgaben für Eigentumbildung im Wohnunge-
bau von 2,3 auf sieben Milliarden DM, also um das Dreifache gestiegen. Aber
die Förderung ist auch sozial gerechter geworden; es wurden z. B. Einkommens-
grenzen für die Wohnungbauprämien gesetzt. Das Bausparen hat deswegen nicht
abgenommen, es hat zugenommen. Aber es wendet sich breiteren Bevölkerungs-
schichten zu, auch solchen, deren Einkommen innerhalb der für den sozialen
Wohnungsbau gesetzten Grenzen liegt. 1973 waren es rund 60 000 von 300 000,
das sind 20 vH der von den Bausparkassen mitfinanzierten Eigenheime und
Eigentumswohnungen, deren Eigentümer zwar zum Bezug öffentlicher Mittel be-
rechtigt waren, diese aber nicht in Anspruch genommen haben. Ihr Anteil dürf-

te im Wachsen begriffen sein.

Wenn man dies zusammen mit den Eigentumsmaßnahmen im öffentlich geförderten Wohnungsbau und im Regionalprogramm betrachtet, läßt sich un-
schwer folgern: Es waren die breiten Massen der Arbeitnehmerhaushalte,
die der Bauwirtschaft in besonderem Maße geholfen haben, um die schwie-
rige konjunkturelle Lage der letzten beiden Jahre durchzustehen.

Zur Zeit ist der Eigentumsanteil in der Bundesrepublik noch gerin-
ger als in anderen westlichen Staaten. Aber in Klein- und Mittelstädten
hat eigengenutzter Wohnraum auch bei uns seinen Luxuscharakter längst
verloren. Er ist auf dem Wege zum Massengut zu werden: genau wie das
Auto vom Luxusgut zum Massengut geworden ist. Jetzt schon ist fast je-
des dritte eigengenutzte Eigenheim im Besitz von Arbeiterhaushalten.

Freilich wird sich nun niemand der Illusion hingeben, daß etwa
massenhaft freistehende Einfamilienhäuser mit Garten und Rasen in die
Großstädte gebaut werden könnten. Aber wir haben noch längst nicht alle
Möglichkeiten des großstadtfreundlichen Eigenheimbaus durchdacht und
ausprobiert. Hier könnten Modellvorhaben der Bundesregierung zu neuen
Erkenntnissen helfen. Weitere politische Schritte müßten zu mehr Mobi-
lität des Wohnungseigentums führen.

Auch in einem Land, das eine gute Mietgesetzgebung hat, erweitert
das Wohnen im Eigenheim, in der Eigentums- oder in der Wohnbesitzwoh-
nung den Freiheits- und Sicherheitsraum der Bürger. Die Sozialdemokra-
ten sind deshalb entschlossen, ihre Politik des Eigentums im Wohnungsbau
fortzusetzen. Bei ihrem Dortmunder außerordentlichen Parteitag haben
sie einstimmig beschlossen, diesen Antrag in ihr Regierungsprogramm
aufzunehmen: "Wir wollen, daß eine breite Bevölkerungsschicht am Eigen-
tum teilhaben kann. Deshalb werden wir Bauaparförderung, steuerliche
Erleichterungen sowie öffentliche Wohnungsbauinstrumente auch weiterhin ein-
setzen und auch im sozialen Wohnungsbau verstärkt die Bildung von Woh-
nungseigentum fördern."
(-/23.6.1976/ve/e/pr)

+ + +

Das Märchen von den CSU-Erfolgen

Zahlen belegen das Versagen der bayerischen Strukturpolitik

Von Franz Josef Zebisch MdB

Mitglied des Bundestageausschusses für innerdeutsche Beziehungen

Die bayerische CSU-Regierung renommiert gerne mit angeblichen Erfolgen im Bereich der Strukturpolitik. Bei näherem Hinsehen existieren diese "Erfolge" aber nur im Wunschdenken der Verantwortlichen. Denn zu einer Verbesserung der Lebensverhältnisse der Bevölkerung in strukturschwächsten Gebieten führte diese Politik der Staatsregierung keinesfalls. Im Gegenteil: Das Einkommensgefälle zwischen dem Zonenrandgebiet und den übrigen Teilen Bayerns vergrößerte sich von Jahr zu Jahr. Wozu aber soll eine Politik taugen, wenn sie nicht den betroffenen Menschen helfen kann!

Zwar hat die CSU-Staatsregierung großes Geschick entwickelt, Mißerfolge "denen in Bonn" anzuhängen, Erfolge aber lautstark sich selbst an die Brust zu heften. Auch im Bereich der Strukturpolitik versucht man nach diesem Muster zu verfahren. Doch hier geht das nicht so einfach. Zu groß sind die Verantwortlichkeiten der Staatsregierung. Die Zahlen beweisen es.

1973 verdienten die Arbeitnehmer im bayerischen Zonenrandgebiet monatlich rund 98 DM weniger als im bayerischen Durchschnitt. 1974 hat sich die Differenz auf 109 DM erhöht. Das Gefälle im Gehalt der Angestellten wuchs in dieser Zeit von 295 auf 341 DM an. Seit 1960 hat sich das Lohn- und Gehaltsgefälle zu Ungunsten der Bevölkerung im Zonenrandgebiet gar verfünffacht. Strukturelle Gründe sind eindeutig, Märchen von konjunkturbedingten Einflüssen verfangen nicht.

Wie groß das Versagen der CSU-Regierung in der Politik für die Menschen im Zonenrandgebiet ist, zeigen die Vergleichszahlen des Landes Hessen auf. Hier ist ein umgekehrter Trend zu beobachten: Das Einkommensgefälle der Arbeitnehmer zwischen dem Grenzgebiet zur DDR und den übrigen Teilen Hessens hat sich nach den neuesten Unterlagen erheblich abgebaut. Hatte ein Arbeiter im Zonenrandraum 1973 bei einem durchschnittlichen Jahresverdienst von 17.230 DM monatlich 40 DM weniger verdient als ein Lohnempfänger in den anderen Landesteilen, so betrug die monatliche Differenz 1974 nur noch 29 DM. Bei den Angestellten liegen zur Zeit die Einkommensunterschiede unter 200 DM.

(-/23.6.1976/bgy/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Praller